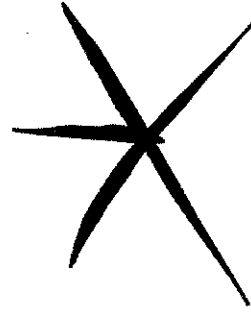


**ESCP**  
**EUROPE**  
BUSINESS SCHOOL



**ALLEMAND**

**LVI**

**ORAL CONCOURS 2019****ALLEMAND LV I****Geldnot der Generation Y macht Car2Go, Airbnb und Co. so erfolgreich**

Dinge nicht zu besitzen, sondern sie zu teilen, gilt als hip und modern. Es ist zeitgemäß, seine Reiseunterkunft bei Airbnb zu buchen. Es ist modern, sich von einem Fahrer von Uber chauffieren zu lassen. Oder von Lyft. Es ist hip, sich ein Auto bei Flinkster oder Car2Go zu mieten. Die sogenannte Sharing Economy ist in, gerade bei jungen Menschen. Dinge nicht zu besitzen, sondern sie zu teilen und bei Bedarf zu benutzen, entspricht deren Lebensgefühl, deren Bedürfnissen und Vorlieben. So die gängige Meinung.

Alles Quatsch, sagen nun drei Wissenschaftler, die für die Analyse-und-Statistik-Abteilung der amerikanischen Notenbank<sup>1</sup> arbeiten. Sie haben diverse Daten und Umfragen zusammengetragen, um das Konsum- und Sparverhalten der Jüngeren zu analysieren. Zusätzlich haben sie die wirtschaftliche Lage dieser Generation mit jener früherer Generationen im selben Alter verglichen – und dabei gab es entscheidende Abweichungen.

Eine der Besonderheiten der Millennials ist, dass sie mit digitalen Anwendungen bereits groß geworden sind, diese also nicht erst im Erwachsenenalter kennenlernten. Internet und Handys gab es schon, seit sie Kleinkinder waren; diese technischen Errungenschaften sind für sie so selbstverständlich wie Fernsehen und der eigene Pkw für die Generation X. Da scheint es naheliegend, dass sie eben auch besonders empfänglich für Konsumvarianten sind, die über digitale Dienste angeboten werden.

Doch die entscheidende Frage ist letztlich: Warum weicht das Konsumverhalten der Jüngeren tatsächlich von dem der Älteren ab? Liegt das wirklich nur an der größeren Aufgeschlossenheit für die alternativen Angebote der Sharing Economy? Die drei Ökonomen haben sich, um diese Frage zu klären, der wirtschaftlichen Lage der Millennials zugewandt. Und das Ergebnis überrascht: „Wir haben herausgefunden, dass die Millennials niedrigere Realeinkommen haben als die Mitglieder früherer Generationen im selben Alter“, schreiben sie, „und sie haben ein geringeres Vermögen angespart.“

Die drei Wissenschaftler sind noch einen Schritt weitergegangen. Sie haben untersucht, wie das Konsumverhalten der Millennials eigentlich aussähe, wenn sie über die gleichen finanziellen Mittel verfügen würden wie ihre Vorgängergenerationen. Dazu nutzten sie spezielle statistische Verfahren.

„Wir fanden kaum Hinweise, dass der Konsumgeschmack und die Konsumpräferenzen der Millennial-Haushalte geringer ausgeprägt sind als bei früheren Generationen“, lautet das erstaunliche Ergebnis, wenn die gleichen Maßstäbe<sup>2</sup> bei Einkommen, Demografie und diversen anderen Parametern angelegt werden. Die Millennials wohnen also nicht unbedingt deshalb im Urlaub in Airbnb-Unterkünften, weil sie das für eine tolle Erfahrung halten – sondern weil sie sich vergleichbare Hotelzimmer nicht leisten können.

Nach: welt.de, 20.12.2018

<sup>1</sup> la banque centrale

<sup>2</sup> échelle

**ORAL CONOURS 2019****ALLEMAND LV I****Warum Deutschland weiter Waffen liefert**

Laut Koalitionsvertrag wollte die Bundesregierung längst keine Rüstungsexporte<sup>1</sup> nach Saudi-Arabien mehr genehmigen. Dass das Land dennoch Waffentechnologie aus Deutschland bezieht, liegt an mehreren Ausnahmeregelungen.

Offiziell lehnt die Bundesregierung Rüstungsexporte nach Saudi-Arabien ab - und das nicht erst, seit Bundeskanzlerin Angela Merkel Aufklärung im Fall des getöteten Journalisten Jamal Khashoggi fordert. Die geplante Beendigung der Exporte steht im Koalitionsvertrag: „Wir schränken die Rüstungsexporte für Drittländer weiter ein, die weder NATO- noch EU-Mitgliedsländer sind, noch diesen gleichgestellt“, heißt es in dem Dokument, und an anderer Stelle: „Wir werden ab sofort keine Ausfuhren an Länder genehmigen, solange diese unmittelbar am Jemen-Krieg beteiligt sind.“

Eine von Saudi-Arabien geführte Koalition kämpft im Jemen gegen Huthi-Rebellen und fliegt dort Luftangriffe, immer wieder gibt es Berichte über Blockaden jemenitischer Häfen durch die saudische Marine. Dennoch ist Saudi-Arabien der zweitbeste Kunde der deutschen Rüstungsindustrie - und bezieht weiterhin Rüstungsgüter aus der Bundesrepublik: In den ersten neun Monaten dieses Jahres wurden Ausfuhrgenehmigungen<sup>2</sup> im Wert von 416 Millionen Euro erteilt.

Das liegt vor allem an zwei Regelungen, die von der Bundesregierung nicht einfach widerrufen werden können. Für einen Großauftrag über 30 Patrouillenboote aus Mecklenburg-Vorpommern gilt eine Ausnahme. Die jetzige Bundesregierung hat sich darauf verständigt, den 2015 genehmigten Auftrag nicht zu stoppen und die Schiffe weiter liefern zu lassen. Außerdem erhält Riad Rüstungsgüter, die von multinationalen europäischen Konzernen gefertigt werden; beispielsweise den Eurofighter. Die Luft-Boden-Raketen dieser Kampfflieger stammen von MBDA - einem Konzern, der auch in Deutschland fertigt. 2018 genehmigte der Bundessicherheitsrat, dem neben Bundeskanzlerin Angela Merkel auch Außenminister Heiko Maas angehört, den Export des Radarsystems „Cobra“, einer deutsch-französischen Koproduktion.

Schwieriger zu beenden als Exporte in Deutschland hergestellter Güter sind bereits erteilte Produktionsgenehmigungen, die nicht wieder rückgängig gemacht werden können. Etwa erhielt Saudi-Arabien 2008 die Lizenz, Sturmgewehre<sup>3</sup> des Modells G36 zu produzieren, die für den Eigenbedarf der Polizei und des saudischen Militärs gedacht waren. Inzwischen sind diese Waffen allerdings im Jemen-Konflikt aufgetaucht - eine „physische Endverbleibskontrolle“ der Waffen ist jedoch nicht möglich, da sie die Zustimmung des Empfängerlandes Saudi-Arabien voraussetze.

Auch Munition für die Waffen produziert das Königreich inzwischen selbst: Der deutsche Rüstungskonzern Rheinmetall hat mit dem südafrikanischen Unternehmen Denel ein Joint Venture gegründet, das seit 2016 eine Munitionsfabrik in Saudi-Arabien betreibt. Tatsächlich stoppen könnte die Bundesregierung zumindest den Verkauf der Patrouillenboote - dann jedoch müsste Deutschland unter Umständen Schadenersatz bezahlen.

Nach: tagesschau.de, 03.04.2019

<sup>1</sup> des exportations d'armes

<sup>2</sup> des licences d'exportation

<sup>3</sup> des fusils semi-automatiques

**ORAL CONCOURS 2019****ALLEMAND LV I****Endlich wieder Utopien**

Sozialismus, Enteignungen<sup>1</sup>: In Deutschland wird wieder über Gegenmodelle zum Kapitalismus diskutiert. Das eröffnet neue Spielräume – und könnte langfristig der SPD helfen.

Seit 1989 der real existierende Sozialismus in Deutschland unehrenhaft und zu Recht unterging, hat es das nicht mehr gegeben: Es wird plötzlich wieder angeregt über Alternativen zum kapitalistischen Wirtschaftsmodell diskutiert. In Berlin sammeln Bürger und Bürgerinnen Unterschriften zur Enteignung von Wohnungskonzernen und stoßen damit auf erstaunlich viel Zustimmung. Und nun hat Juso<sup>2</sup>-Chef Kevin Kühnert noch einen draufgesetzt: Er würde Konzerne wie BMW gerne in Arbeiterhand geben und Besitz von nicht selbst genutztem Wohneigentum am liebsten ganz verbieten.

Ob Kühnert seiner Partei damit einen Gefallen getan hat, sei dahingestellt. Und doch hat die Debatte, die nun begonnen hat, auch ihr Gutes, langfristig vielleicht sogar für die SPD: Denn sie eröffnet einen neuen Denkraum. Dass sich überhaupt jemand traut, die kapitalistische Wirtschaftsweise und die Verteilung von Besitz und Vermögen wieder grundlegend infrage zu stellen und sich Gedanken darüber zu machen, ob es vielleicht auch anders ginge, ist schon ein Wert an sich.

Dabei geht es nicht um die Rückkehr zu einem Sozialismus à la DDR. Der hat sich in der Tat für alle Zeiten desavouiert. Er war immer eine erzwungene Wirtschaftsform, der die demokratische Legitimation fehlte. Wer das System offen ablehnte oder auch nur das Land verlassen wollte, landete im Gefängnis oder wurde gar an der Grenze erschossen. Der DDR-Sozialismus führte zudem zu weniger Wohlstand für seine Bürgerinnen und Bürger sowie zu mehr Umweltverschmutzung als in den marktwirtschaftlich organisierten Nachbarstaaten. Er kann kein Modell für die Zukunft sein.

Dass man aber unter heutigen Bedingungen darüber nachdenkt, ob es sinnvoll ist, wirklich alle Wirtschaftsbereiche dem Prinzip der privaten Profitmaximierung zu unterwerfen, oder ob es Felder gibt – zum Beispiel wenn menschliche Grundbedürfnisse wie Wohnen oder Gesundheit berührt sind –, die noch stärker demokratisch kontrolliert werden sollten als bisher, ist durchaus wünschenswert.

Kühnert selbst spricht in dem Interview von einer „reizvollen Utopie“. Er hat ein bisschen Vision eingespeist<sup>3</sup> in einen politischen Diskurs, in dem es in den vergangenen Jahrzehnten vor allem um das Machbare ging. Ja, der Wohlstand wuchs insgesamt. Aber vieles wurde einfach hingenommen. Dass der Klimaschutz nicht vorankommt, weil die Politik sich nicht traut, der Wirtschaft Vorgaben zu machen, zum Beispiel. Oder dass die ungleiche Verteilung von Vermögen sich verschärft und gleichzeitig die Zahl der Menschen wächst, die trotz Arbeit arm sind.

Indem Kühnert wieder daran erinnert, dass Wirtschaft sich auch anders als kapitalistisch organisieren lässt, öffnet er den Raum für konkrete, eher kleinteilige Verbesserungen und Erleichterungen. Vorausgesetzt, die Debatte ist nicht übermorgen wieder beendet.

Nach: zeit.de, 02.05.2019

<sup>1</sup> des expropriations

<sup>2</sup> Jungsozialistinnen und Jungsozialisten in der SPD

<sup>3</sup> alimenté

**ORAL CONCOURS 2019****ALLEMAND LV I****Wenn Influencerinnen Politik machen**

Anja Rützel und Enissa Amani streiten sich im Internet. Die Erste ist Journalistin, die Zweite Moderatorin und Comedian. Die Erste findet die Zweite nicht witzig und hat das auch so aufgeschrieben. So weit, so unspektakulär. Interessant ist aber die Härte, mit der dieser Streit ausgetragen wird und die politische Wendung, die er nimmt: Weil Rützel eine Bemerkung der iranischstämmigen Comedian, sie wolle das Land verlassen, wenn man sie noch einmal als „Komikerin“ bezeichne, aufgriff, warfen Amani und ihre Follower der Journalistin quasi Rassismus vor. Amani mobilisierte ihre Follower für einen heftigen Shitstorm.

Und dieses Mobilisierungspotenzial wird auch gerne genutzt, wie sich immer öfter nicht nur auf Twitter, sondern auch auf Instagram und YouTube zeigt. Regelmäßig rufen Influencer zum Boykott eines bestimmten Klubs, Restaurants oder Hotels auf, weil sie dort nicht wie erwartet kostenlos bewirtet wurden. Besonders absurd, aber auch erschreckend wird es, wenn der Shitstorm den virtuellen Raum verlässt. So vor einigen Wochen auf dem Berliner Alexanderplatz, als eine Massenschlägerei mit 50 Beteiligten zweier rivalisierender YouTuber ausbrach.

Auch die politische Komponente des Streits verwundert viele, für die YouTube und Instagram immer noch unpolitische Orte sind. Dabei haben die Plattformen solche Zeiten längst hinter sich gelassen, es gibt immer mehr YouTuber, Künstler und Influencer, die ihre Reichweite nicht nur zur Selbst- und Fremdvermarktung nutzen, sondern auch dezidiert<sup>1</sup> politische Inhalte besetzen und sich äußern.

Mobilisierung und auch Politisierung finden längst schon im Internet statt, wie die „Fridays for Future“-Bewegung eindrücklich zeigt. Die Kinder und Jugendlichen auf den Freitagsdemonstrationen sind sicher nicht von Plakaten auf die Straße gelockt worden, sondern durch ein Hashtag und einen Instagram-Account. Auch Rechtsextreme verteilen längst keine CDs auf Schulhöfen mehr, wer hat denn überhaupt noch ein Laufwerk dafür? Stattdessen präsentieren sie sich hip in sozialen Netzwerken und bauen ihre eigenen Influencer auf.

Der Logik der Follower-Mobilisierung folgen also längst nicht mehr nur politische Randgruppen, sondern auch etablierte Kräfte, die das Potenzial von Influencern erkannt haben. Es sind nicht mehr nur YouTuber, die sich äußern, sondern gezielte Werbemaßnahmen. Dass die Reichweite von Influencern genutzt werden kann, hat auch schon die Bundesregierung verstanden: 2017 gab sie etwa 5 Millionen Euro für sogenanntes Influencer-Marketing aus. Darunter fällt, zum Beispiel, die Kampagne des Ministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, die für fair gehandelte Mode werben ließ. Aber auch die Ministerien für Verteidigung und Inneres engagierten Influencer für die Nachwuchsrekrutierung. Am Phänomen des Influencers möchte jeder verdienen, wir werden uns daran genauso gewöhnen müssen wie an politische Influencer und Eskalationen von Streitigkeiten in sozialen Netzwerken.

<sup>1</sup>entschieden, energisch

**ORAL CONCOURS 2019****ALLEMAND LV I****Rettet den Regenbogenwald**

Manfred Nadler ist ein Waldschrat<sup>1</sup>. Zumindest dann, wenn er als Theaterpädagoge in eben diese Rolle schlüpft und Kinder über Umweltschutz aufklärt. Aber irgendwie auch in diesem Moment, als er vor seinem neuen Kunstwerk im Dachauer Amperwald steht: Mehrere Bäume haben er und seine Kollegin Michaela Soiderer in Regenbogenfarben angemalt, von einem markierten Punkt aus erkennt man den Regenbogen im Ganzen.

Das Projekt wurde von der Stadt Dachau in Auftrag gegeben und soll Teil einer größeren Aktion werden, die die Abteilung Stadtgrün für den Sommer geplant hat. Die Idee: Bürger im Alltag für den Wandel und die Bedürfnisse der Natur zu sensibilisieren. Der Regenbogen im Amperwald ist nur eine Station der Aktion, nach Fertigstellung soll es eine offizielle Einweihung geben. Doch der Regenbogen im Amperwald sorgt schon jetzt für Aufsehen: bei Spaziergängern, Hundebesitzern, Fahrradfahrern.

Michaela Soiderer und Manfred Nadler haben zwei Tage lang die Bäume im Amperwald bemalt, etwas länger als ursprünglich geplant. Das lag vor allem daran, dass viele Passanten angehalten und sich über die Aktion erkundigt hätten, erklärt Nadler. Vereinzelt ernteten die Künstler Kritik und Unverständnis, vor allem seien aber spannende Gespräche entstanden. Eine Fahrradfahrerin, selbst Kunstpädagogin, beteiligte sich spontan an der Aktion und pinselte gleich ein paar Stunden mit.

Ein paar Schritte weiter, hinter der nächsten Wegbiegung, arbeitet Nadler gemeinsam mit seiner Kollegin an einem weiteren Projekt. Auch hier soll es darum gehen, den Respekt gegenüber der Natur neu zu erlernen. Auf dicken Holzstämmen basteln die beiden Pädagogen mit Dachauer Kindergartenkindern an Weidengeflechten<sup>2</sup>, bisher habe man zwei Tipis und mehrere Traumfänger<sup>3</sup> gebastelt, die eine besondere Ruheoase im Amperwald schaffen sollen.

Als Nadler an diesem Tag an der Stelle eintrifft, wartet jedoch eine böse Überraschung auf ihn. Von den Tipis findet er nur noch ein paar verstreute Äste, die Traumfänger<sup>3</sup> liegen auf dem Boden, die Kunstwerke sind größtenteils zerstört. Man sieht Nadler an, wie fassungslos er in diesem Moment ist.

"Mehrere Tage Arbeit, einfach nicht mehr da", sagt Nadler. Er sammelt die Werke ein, weiß nicht, ob er sie nun mitnehmen soll oder doch später wiederkommen, um sie an Ort und Stelle zu reparieren und wieder aufzuhängen. "Das ist gerade wie ein Schlag ins Gesicht", sagt Nadler. Im nächsten Moment scheint er wieder zurück in die Rolle des Waldschrats zu finden, er spricht mit ruhiger, ernster Stimme: "Genau darum geht es: Achtsamkeit und Respekt vor der Natur, aber auch unter den Menschen selbst." Es gehe um Balance, um ein natürliches Gleichgewicht, philosophiert er. Und so erklärt ausgerechnet diese unglückliche Situation, wo der künstlerische und gesellschaftliche Zweck der Arbeiten im Amperwald liegt.

Nach: sueddeutsche.de, 23.04.2019

<sup>1</sup>im Sinne von Naturgeist

<sup>2</sup>de l'osier tressé

<sup>3</sup>les attrapes-rêve

## ORAL CONCOURS 2019

## ALLEMAND LV I

**Scheuer zieht Notbremse im Tempolimit-Streit**

Auf Autobahnen nur Tempo 130? Diese Idee sorgt für Zwist<sup>1</sup>. Der Minister ist empört und verschiebt überraschend die Sitzung der Mobilitätskommission.

Die emotionale Debatte nach dem Bekanntwerden erster Überlegungen der Regierungskommission zur Mobilität dauert an – und bringt den engen Zeitplan der Kommission durcheinander. Nach der Aufregung über Vorschläge wie deutlich höhere Benzin- und Dieselsteuern sowie Tempo 130 auf Autobahnen sagte das Bundesverkehrsministerium am Dienstag ein Treffen der Arbeitsgruppe 1 der „Nationalen Plattform zur Zukunft der Mobilität“ ab, das am Mittwoch stattfinden sollte.

Es begründete die Absage offiziell mit der „Koordinierung der weiteren Arbeiten aller Arbeitsgruppen“. Im Schreiben an die Teilnehmer heißt es: „Die Arbeit der Arbeitsgruppe 1 ist uns sehr wichtig und sollte unbeachtet der medialen Berichterstattung fortgesetzt werden.“ Ein neuer Termin werde in Kürze bekanntgegeben. In der Kommission sollen Vertreter von Industrie, IG Metall, ADAC, Autoindustrie, Bahn, Umwelt- und Kommunalverbänden bis Ende März Vorschläge ausarbeiten, wie der Verkehrssektor zum Erreichen der Klimaschutzziele 2030 beitragen kann.

Verkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) hatte die Überlegungen zur Steuererhöhungen und Tempolimit am Wochenende scharf kritisiert, sie seien „gegen jeden Menschenverstand“. Auch der Automobilklub ADAC zweifelt am Nutzen von Tempolimits auf Autobahnen. Der Effekt für den Klimaschutz sei gering, sagte Ulrich Klaus Becker, Vizepräsident Verkehr. Vielmehr verringere ein guter Verkehrsfluss die Gefahr von Staus und Unfällen und trage dazu bei, den Ausstoß von Kohlendioxid zu senken. Außerdem schnitten Länder mit einer generellen Geschwindigkeitsbeschränkung<sup>2</sup> wie Österreich, Belgien oder die Vereinigten Staaten auch im Hinblick auf die Verkehrssicherheit nicht besser ab als Deutschland. Statt einer Diskussion über Tempolimits wünsche er sich „mehr Engagement beim Einsatz moderner technischer Möglichkeiten zur besseren Verkehrssteuerung“, sagte Becker.

Dagegen nannte der Grünen-Politiker Cem Özdemir, Vorsitzender des Bundestags-Verkehrsausschusses, ein Tempolimit ein „Gebot der Vernunft“. „Das ist so ein bisschen, wie wenn Sie mit Amerikanern über das Recht, Waffen zu tragen, diskutieren. Diese Debatte in Deutschland wird sehr irrational geführt.“ Özdemir sagte in der ARD, ihm sei bewusst, dass seine Partei mit dieser Forderung keine Mehrheit habe. „Ich weiß, das ist in Deutschland so, als wenn Sie für Männer eine Art amtlich verfügte Potenzminderung<sup>3</sup> durchsetzen würden.“

Der FDP-Verkehrspolitiker Oliver Luksic warf den Grünen vor, einen Kampf gegen das Auto zu führen. Autofahren solle massiv verteuert und eingeschränkt werden. „Diese grüne Politik ist extrem unsozial und wird zudem wirtschaftlich großen Schaden in der deutschen Schlüsselindustrie anrichten.“ Niedersachsens Ministerpräsident Stephan Weil (SPD) hält ein gesetzliches Tempolimit für überflüssig. De facto gebe es fast bei keiner Fahrt auf deutschen Autobahnen mehr eine Durchschnittsgeschwindigkeit von mehr als Tempo 130.

Nach: faz.net, 22.01.2019

<sup>1</sup> créer un conflit

<sup>2</sup> la limitation de vitesse

<sup>3</sup> la réduction de la virilité

## ORAL CONCOURS 2019

## ALLEMAND LV I

**Viele Mäuse<sup>1</sup> auf dem Konto**

Karl Lagerfeld hinterlässt nicht nur ein Vermögen, er hinterlässt auch seine geliebte Katze Choupette. Die ist selbst ein Star – und, so spekulieren manche, die Erbin des Modezars<sup>2</sup>.

„Karl Lagerfeld wird in meinem gebrochenen Herzen für immer weiterleben“ – diese Beileidsbekundung<sup>3</sup> für den am Dienstag verstorbenen Modeschöpfer stammt von einer ganz besonderen Wegbegleiterin Lagerfelds: seiner Katze Choupette. Neben dem Abschiedstext steht auf ihrer Webseite choupettesdiary.com ein Foto der beiden. Natürlich hat die Katze den Post in den sozialen Netzwerken nicht selbst verfasst, sondern Ashley Tschudin, die Choupettes Webseite und ihre Accounts in den sozialen Netzwerken betreut und dort regelmäßig Fotos der Lagerfeldschen Rassekatze teilt. Auf Instagram hat Choupette bisher 196.000 Fans (die Zahl wächst seit Dienstag beständig an), mehr als manch deutscher Influencer.

Nur wenige Stunden nach Lagerfelds Tod kam deshalb die Frage auf: Wer kümmert sich künftig um die Birma-Katze mit dem weißen Fell und den großen blauen Augen? Das kann man eher nebensächlich finden; irgendwer wird das süße Kätzchen schon nehmen. Vermutlich gibt es sogar eine Menge Leute, die Choupette gerne adoptieren würden. Denn Choupette ist nicht einfach nur eine glamouröse Rassekatze, Choupette ist auch eine ziemlich reiche Katze. Lagerfeld erklärte einst der Vanity Fair: „Wenn mir mal etwas passiert, wird die Person, die sich um sie kümmert, nicht arm sein.“

Choupette hat schon für den Autohersteller Opel und japanische Kosmetik geworben, war mehrfach auf dem Cover der Vogue. Sie hat sogar eine eigene Make-Up-Linie und ein Buch über ihr Leben „geschrieben“. 2014 soll sie laut Lagerfeld mit nur zwei Werbedeals drei Millionen Dollar verdient haben, die Make-Up-Linie soll wenig später fast fünf Millionen Dollar eingebracht haben.

Über einen „pet trust“ könnte Choupette erben

Denn es wird bereits spekuliert, dass Choupette das Vermögen des kinderlosen Modeschöpfers erben könnte. Der Designer wäre nicht der Erste, der seinem Haustier Geld hinterlässt. Unmöglich ist das nicht: Beispielsweise bieten Banken in den Vereinigten Staaten sogenannte „pet trusts“ an, also Treuhandkonten für Haustiere. Das Geld darauf ist für das Wohlergehen des Tieres bestimmt, also für Futter, Tierarztbesuche und ähnliches. Es wäre denkbar, dass zumindest das Geld von Choupettes Werbedeals bereits auf einem solchen Konto liegt. Um ihren bisherigen Lebensstil zu halten wären die Millionen vermutlich auch nötig.

Fest steht bislang aber nur: Karl Lagerfeld hat diese Katze geliebt. Ihr neuer Besitzer, reich oder nicht, tut es hoffentlich auch.

Nach: faz.net, 20.02.2019

<sup>1</sup>Umgangssprache für Geld

<sup>2</sup>surnom, donné à Karl Lagerfeld par la presse allemande

<sup>3</sup>l'expression de condoléances



**ORAL CONCOURS 2019****ALLEMAND LV I****Warum die Franzosen immer wieder an Merkel abprallen<sup>1</sup>**

Vielleicht ist das so, wenn man immer wieder recht behält. Wenn man vor zu großen Versprechungen warnt und dann bestätigt wird. So wie Angela Merkel. Seit die CDU-Politikerin Deutschland regiert, ist sie skeptisch gewesen beim Blick auf Politiker, die die große Geste wählten. Ob es der charismatische Amerikaner Barack Obama war, der forsche Franzose Nicolas Sarkozy oder der jung-dynamische Italiener Matteo Renzi - stets bestaunte Merkel deren rhetorische Wucht<sup>2</sup> und hielt sich fern von deren Pathos. Je leidenschaftlicher die Herren in ihre Trompeten stießen, desto leiser wurde Merkel. Das große Getrommel ist nie ihre Sache geworden.

Und heute? Ist von den Herren mit den besonders großen Symbolen und Gesten nicht mehr viel zu sehen. Merkel aber ist geblieben, führt immer noch Regie in der deutschen Regierung.

Selbst an diesem Dienstag, wenn sie und Frankreichs Staatspräsident Emmanuel Macron in Aachen den Aachener Vertrag unterzeichnen, bleibt offen, wie wichtig ihr Frankreich wirklich ist. Es bleibt weitgehend unbeantwortet, für wie notwendig sie einen neuen Anlauf für Europa hält. Und es bleibt unklar, mit wie viel Leidenschaft sie im Jahr der Europawahl fürs Deutsch-Französische kämpfen möchte, um damit auch Europa neue Kraft zu verleihen. Merkel wird ihre Unterschrift unter den Vertrag setzen - und trotzdem wird es auf all das keine umfassenden Antworten geben.

In Paris, so ist von vielen französischen Diplomaten zu hören, ist der Frust groß, weil trotz leidenschaftlicher Botschaften der Franzosen keine Leidenschaft zurückkommt. Als Macron jüngst im Bundestag sprach, sagte er, die Deutschen würden vielleicht nicht jedes Wort und jede Botschaft der Franzosen verstehen. Eines aber sollten sie nie vergessen: "Frankreich liebt euch."

Nimmt man aktuelle Umfragen der Franzosen, scheint da viel dran zu sein. Das gilt zuallererst für Merkel, die Regierungschefin. Kaum ein Politiker, kaum eine Politikerin ist im Nachbarland derart beliebt wie die Kanzlerin. Doch statt daraus einen Trumpf zu machen und ihrem oft beschworenen Partner Macron Ähnliches zurückgeben, fehlen bis heute Merkels Antworten auf Macrons Werben für mehr Europa. Und ein "Deutschland liebt euch" würde Merkel sowieso kaum über die Lippen kommen. Um der französischen Enttäuschung entgegenzuwirken, wird im Kanzleramt darauf verwiesen, dass im Aachener Vertrag viel Gutes stehe.

Und schaut man auf die politische Überlebensfähigkeit<sup>3</sup> der Konzepte (und das ist für Merkel das entscheidende), dann hat die Geschichte ihr bis heute freilich Recht gegeben. Mit ihrer ruhigen, nachdenklichen, unaufgeregten Art ist sie immer noch da, während Obama, Sarkozy oder Renzi nicht nur nicht mehr im Amt sind, sondern in der Gunst der Leute beschädigt ausschieden.

Nach: sueddeutsche.de, 22.01.2019

<sup>1</sup> rebondir, dans le sens de se heurter à

<sup>2</sup> la puissance

<sup>3</sup> la viabilité

**ORAL CONCOURS 2019****ALLEMAND LV I****Wie schlimm steht es um die Bundesrepublik?**

Die Mission von Bundesfinanzminister Olaf Scholz hieß: Beruhigen. Es ging darum, die schlechten Nachrichten der vergangenen Tage zu entkräften. Da war der aufsehenerregende Artikel des amerikanischen Magazins „Businessweek“ mit dem Titel „Deutschlands zerbrechliche Zukunft“ – ein einziger Abgesang auf die deutsche Wirtschaft.

Da war eine neue Prognose des Internationalen Währungsfonds (IWF), nach der sich das Wachstum in Deutschland halbieren wird. Auf der Frühjahrstagung der Organisation in Washington lautete eine entscheidende Frage daher: Wie schlimm steht es um die Bundesrepublik?

Ja, das Wachstum habe sich verlangsamt, sagte Scholz in der amerikanischen Hauptstadt. Um dann sofort zu betonen: „Aber es ist unverändert ein Wachstum.“ Scholz warnte vor Schwarzmalerei. „Wir sind nicht in einem Abschwung“, erklärte er. Es gebe einen Mangel an Arbeitskräften – und das sei typischerweise nicht das Zeichen einer schwierigen wirtschaftlichen Lage.

Aber ist es das? Nach der neusten Prognose des IWF wird die deutsche Wirtschaft dieses Jahr nur noch um 0,8 Prozent wachsen. Im vergangenen Jahr waren es noch 1,5 Prozent. Damit erreicht die Bundesrepublik den zweitschlechtesten Wert unter den Industriestaaten – nur für das Krisenland Italien sagen die Ökonomen noch härtere Zeiten voraus.

In dem „Businessweek“-Bericht klingt das alles noch dramatischer. „Deutschland fühlt sich heute so an, als würde es die letzten Tage einer Ära erleben“, heißt es dort. Ein Grund für den bevorstehenden Abstieg sei, dass die deutsche Autoindustrie, Rückgrat der Wirtschaft, schlecht auf das Zeitalter der Elektrofahrzeuge vorbereitet sei.

Viele Länder stehen dem IWF zufolge vor einer Schwächephase, aber Deutschland trifft es besonders hart. Für die Weltwirtschaft insgesamt rechnet die Organisation mit 3,3 Prozent Wachstum, nach 3,6 Prozent im vergangenen Jahr. Das ist das langsamste Wachstum seit 2009, als die Wirtschaftsleistung infolge der Finanzkrise einbrach. „Wir befinden uns an einem heiklen Punkt“, sagte Christine Lagarde, die Chefin des IWF.

Der IWF hat einen Rat für Deutschland, aber der, so scheint es, nervt Scholz ein wenig. Die Organisation forderte in Washington wieder einmal, Berlin solle mehr investieren, zum Beispiel in die digitale Infrastruktur und die Sanierung maroder Schulen. Zudem findet der IWF die Löhne in der Bundesrepublik zu niedrig. Das sei der wichtigste Grund für den enormen Handelsüberschuss von 7,4 Prozent.

Scholz entgegnete, man habe die Investitionen bereits erhöht. „Wir haben schon getan, was alle von uns verlangen“, sagte der Minister. Diese Bemühungen erkennen auch die Experten des IWF an, aber sie reichen ihnen nicht aus. Zu mehr jedoch scheint Scholz nicht bereit: Er will an seiner „schwarzen Null“ festhalten – an einem Haushalt ohne neue Schulden.



**ALLEMAND**

**LVII**

**ORAL CONCOURS 2019****ALLEMAND LV II****Acht Säcke Müll in sieben Minuten**

Einen "Wednesday for future" hat Elisabeth Hamel, Rentnerin aus Ebersberg, gemacht. Mit einem Müllgreifer bewaffnet hat sie sich auf eine Abfallsammeltour durch die Kreisstadt begeben. Durch eine Aktion einer Schulklasse im Rahmen von Fridays for Future sei sie auf die Idee gekommen, erklärt Hamel. Jeden Mittwoch will sie nun durch die Stadt ziehen und Müll einsammeln.

Dass man, wenn man danach sucht, sehr viel Müll in den Ortschaften an den Straßen findet, bestätigt die Jugendreferentin Ruth Mühlberger von der Katholischen Jugendstelle in Ebersberg. Unter dem Hashtag "#Fastensammeln<sup>1</sup>" haben sie und die Jugendstelle junge Menschen zum Müllsammeln aufgerufen. Im Rahmen dieser Aktion haben sich 20 Jugendliche für die "7:20-Sammlung" gefunden, erzählt Mühlberger. Also in sieben Minuten und zwanzig Sekunden Müllaufsammeln, dabei seien acht Müllsäcke gefüllt worden. Vor allem Bierflaschen, Einwegverpackungen und Plastik würden viel herumliegen, erzählt Mühlberger. "Je näher man an den Boden kommt, umso mehr Müll sieht man", sagt sie.

Deutlich größer ist das Problem in Vaterstetten. Ein Mitarbeiter der Gemeinde sei jeden Tag unterwegs nur um Müll einzusammeln, erklärt Bauhofleiter Gerd Jansen. Ein besonderes Problem sind die Wertstoffinseln<sup>2</sup>. Dort wird viel Müll einfach nicht fachgerecht entsorgt, sagt Wolfgang Kuhn, der Leiter des Umweltamtes. Die Kommune hat in letzter Zeit relativ viele Strafbescheide gegen Müllsünder ausgestellt. Diese können von einem Bußgeld von 30 Euro bis zu vierstelligen Beträgen und zusätzlichen Entsorgungskosten reichen.

Gerade der Plastikmüll ist gefährlich für die Umwelt, heißt es vom Bayerischen Landesamt für Umwelt. Das Plastik wird durch äußere Einflüsse wie Regen oder darüberfahrende Autos zerkleinert und gelangt als Mikroplastik ins Grundwasser.

Um solche Schäden zu verhindern, finden im Landkreis immer wieder "Ramadama<sup>3</sup>"-Aktionen statt. Ehrenamtliche Helfer gehen durch die Ortschaften und sammeln den Müll ein. Beispielsweise in Poing waren heuer 270 Helfer zusammengekommen, um zu entmüllen. Auch Elisabeth Hamel will ihre Aktion weiterführen und sagt: "Wenn andere noch mitmachen wollen, ist das natürlich toll."

Nach: sueddeutsche.de, 22.04.2019

<sup>1</sup> collectionner pendant le carême

<sup>2</sup> points d'apport volontaires pour certains déchets

<sup>3</sup> bayrisch für: „Räumen tun wir!“

**ORAL CONCOURS 2019****ALLEMAND LV II****Frauen arbeiten mehr als Männer**

Vier Stunden und 29 Minuten: So viel Zeit verbringen Frauen in Deutschland jeden Tag im Schnitt mit unbezahlter Arbeit. Haushalt, Kümmeren um Angehörige und Vereins- und Wohltätigkeitsarbeit gehören dazu. Mit diesen 269 Minuten liegen Frauen in Deutschland nach einer Studie fast genau im Durchschnitt von 41 untersuchten Ländern, wie die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) und die Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen am Montag in Genf mitteilten.

Wie es um die Männer in Deutschland bestellt ist, verrät die Studie nicht. Aber im Durchschnitt aller 41 Länder arbeiten Frauen 266 Minuten am Tag ohne Bezahlung, Männer gerade mal 108 Minuten. Wenn neben dem bezahlten Job auch Arbeitsstunden im Haushalt, bei der Pflege und bei gemeinnützigen Aktivitäten gezählt werden, sind Frauen deutlich stärker belastet: Sie arbeiten im Schnitt 55 Stunden pro Woche, Männer 49.

Weltweit werden nach ILO-Angaben 16,4 Milliarden Stunden unbezahlte Arbeit pro Tag geleistet, drei Viertel davon von Frauen. Innerhalb der EU verbringen Frauen in Finnland am wenigsten Zeit damit: im Schnitt 211 Minuten am Tag. In Litauen sind es dagegen 308 Minuten.

Rund ein Drittel aller Befragten arbeitet nach eigenen Angaben in Jobs ohne Perspektive für eine Karriere. Etwa ein Drittel hat Angst, die Arbeit zu verlieren. Das betrifft vor allem Beschäftigte in Teilzeit und mit befristeten Verträgen, wie ILO-Projektleiterin Manuela Tomei sagte.

Telearbeit, also Arbeit außerhalb der Büros des Arbeitgebers, ist vor allem in Dänemark (37 Prozent), Schweden (33 Prozent) und den Niederlanden (30 Prozent) verbreitet. Deutschland liegt mit weniger als 20 Prozent im unteren Drittel der ILO-Statistik, neben Rumänien, Ungarn und Argentinien. Telearbeit habe Vor- und Nachteile, so die ILO: Beschäftigte sparten zwar den Arbeitsweg und könnten die Arbeit flexibler organisieren. Aber viele Menschen arbeiteten dadurch länger, und die Abgrenzung von Arbeit und Freizeit werde verwischt. Die Studie umfasst 1,2 Milliarden Arbeitende in 41 Ländern. Darunter waren die 28 EU-Länder sowie China, Südkorea, die Türkei, die Vereinigten Staaten und einige mittel- und südamerikanische Staaten.

Nach: faz.net, 06.05.2019

**ORAL CONCOURS 2019****ALLEMAND LV II****Schüler setzen Protest fort: "Hilfeschrei" für Klimaschutz**

Mainz (dpa/lrs) - Zum fünften Mal in diesem Jahr haben am Freitag mehrere hundert Schüler in Rheinland-Pfalz nicht am Unterricht teilgenommen und stattdessen unter dem Motto "Fridays for Future" für mehr Tempo im Klimaschutz demonstriert.

Mit lauten Sprechchören - etwa "Es gibt kein Recht, die Umwelt zu zerstören" - liefen etwa 500 junge Menschen vom Hauptbahnhof Mainz an zwei Gymnasien vorbei zum Gutenbergplatz im Stadtzentrum. Unter ihnen waren nach Angaben der Veranstalter auch Teilnehmer aus Bingen, Alzey, Landau, Kaiserslautern und Koblenz. Die Initiatoren hatten erstmals zu einer landesweiten Demo aufgerufen.

"Dies ist der letzte Hilfeschrei meiner Generation", rief der Mitveranstalter Maurice Conrad auf der Auftaktkundgebung. "Solange man den Schülern einen Grund gibt zu streiken, solange werden wir streiken." Je länger nicht gehandelt werde, desto größer werde das Ausmaß von Problemen in der Zukunft.

Den Schülern schlossen sich erneut einige Eltern an. "Ich habe zwei kleine Kinder und möchte, dass sie auf einem grünen Planeten aufwachsen", sagte die Mainzerin Katie Göttlinger. Sie schob einen Kinderwagen mit ihrer sieben Monate alten Tochter und dem Plakat: "Schwänze Krabbel-Gruppe<sup>1</sup> für meine Zukunft".

Auf dem Weg zu einem Wahlkampftermin in Bielefeld nahm auch die Grünen-Landesvorsitzende Jutta Paulus an der Kundgebung teil. "Die Schüler zeigen uns, dass wir mehr machen müssen", sagte die Kandidatin für die Europawahl. Die jüngste Rede von Greta Thunberg im Europaparlament habe gezeigt, dass die Dringlichkeit der Situation bei vielen noch nicht angekommen sei.

Die schwedische Schülerin Greta Thunberg hat die Schulstreik-Bewegung unter dem Eindruck des vergangenen Dürresommers im August 2018 gestartet und damit internationale Resonanz gefunden. Umweltministerin Ulrike Höfken (Grüne) lud Schüler und Vertreter der Naturschutzjugend (NaJu), der BUNDJugend und von Greenpeace für Freitag zu einer Podiumsdiskussion ein. "Wir erhoffen uns von den Diskussionen mit Politikern, dass der Klimaschutz in allen Parteien einen viel höheren Stellenwert bekommen wird", sagte die Medizinstudentin Theresa Gemke als Vertreterin von "Fridays for Future" bei der Podiumsdiskussion mit Höfken.

Nach: sueddeutsche.de, 03.05.2019

<sup>1</sup>groupe de jeu des tout-petits

**ORAL CONCOURS 2019****ALLEMAND LV II****Wenn die Pizza rot blinkt**

Bislang ist für Verbraucher im Supermarkt nur schwer herauszufinden, was tatsächlich in industriell gefertigten Lebensmitteln steckt. Um die Nährwerttabelle<sup>1</sup> auf der Rückseite der Produkte lesen zu können, braucht mancher eine Lupe. Sie zu verstehen, ist selbst für ernährungswissenschaftlich gebildete Menschen nicht ganz leicht. Die Angaben über Kalorien, Fett und Salz müssen erstmal auf den Tagesbedarf angerechnet werden.

Verbraucherschützer, Krankenkassen und Ärzte fordern deshalb schon lange eine bessere Kennzeichnung von Lebensmitteln - am besten durch eine leicht verständliche Lebensmittelampel. Eines dieser Ampelmodelle<sup>2</sup> verbreitet sich gerade in Europa: der sogenannte Nutri-Score. Durch dieses fünfstufige Bewertungssystem in Ampelfarben sollen Verbraucher auf einen Blick erkennen können, wie gesund ein Lebensmittel ist.

Der Gesamtwert wird dann durch einen farbigen Buchstaben von A bis E auf der Vorderseite der Verpackung angezeigt: Ein dunkelgrünes A oder hellgrünes B steht für ein ausgewogenes Produkt, Lebensmittel mit orangenem D oder rotem E sollte man nur in Maßen konsumieren.

In Frankreich hat die Regierung bereits eine Empfehlung für den Nutri-Score abgegeben, Belgien und Spanien ziehen nach. Und auch in anderen europäischen Ländern wie der Schweiz, Luxemburg und Portugal wird darüber sehr ernsthaft diskutiert. Verpflichtend ist die Kennzeichnung allerdings auch in Frankreich nicht.

In Deutschland hat sich Ernährungsministerin Julia Klöckner von Anfang an gegen eine Ampel ausgesprochen. Jedes Modell habe seine Vor- und Nachteile, findet die CDU-Politikerin. Die Ampel sei zu simpel gedacht und könne auch täuschen. Diese Argumentation ist ganz im Sinne der Lebensmittel-Lobby, die sich mehrheitlich gegen eine Ampelkennzeichnung sperrt und von „Bevormundung“<sup>3</sup> des Verbrauchers spricht.

„Die Lobby der Lebensmittelindustrie ist in Deutschland unglaublich stark“, sagt Ernährungsmediziner Hans Hauner, der schon lange in diesem Bereich forscht und auch die politischen Prozesse begleitet. Es brauche eine einfache Kennzeichnung auf der Vorderseite der Produkte, die der Verbraucher auf den ersten Blick verstehen könne.

Nach: tagesschau.de 15.05.2019

<sup>1</sup> le tableau nutritionnel

<sup>2</sup> les modèles de feu

<sup>3</sup> le paternalisme

**ORAL CONCOURS 2019****ALLEMAND LV II****Sind mündliche Noten ungerecht?**

Schlechte Noten für die mündliche Beteiligung, weil die Schülerin ein stiller Typ ist? Der Lehrer Michael Felten sagt: Es geht nicht immer um Gerechtigkeit.

Eine gerechte Beurteilung mündlicher Beiträge ist keine einfache Sache; und bei 5 bis 10 Klassen zu je 30 Schülern misslingt sie gewiss auch gelegentlich. Deshalb teilen viele Lehrer diese Noten den Schülern vorab mit – um Irrtümer rechtzeitig korrigieren zu können. Zudem ist es in den meisten Bundesländern so, dass stille Schüler höchstens eine kleine Einbuße<sup>1</sup> bei der Gesamtbeurteilung hinnehmen müssen. Denn das Mündliche wird lediglich als Teilbereich der „sonstigen Mitarbeit“ gesehen. Dazu zählen auch häusliche schriftliche Leistungen, ergänzende Referate, die Unterstützung von Mitschülern etc.

Grundsätzlich halte ich es trotzdem für sinnvoll, die mündliche Mitarbeit im Unterricht als wichtigen Teil des schulischen Leistungsspektrums anzusehen: Die Schule soll ja nicht nur Wissen und fachliche Kompetenzen anregen, sondern auch die kommunikative Auseinandersetzung mit dem Thema und in der Gruppe fördern. Und warum sollen Lehrkräfte über die Qualität der mündlichen Mitarbeit den Lernenden nicht auch Echo geben? Vernünftig wäre es allerdings, wenn Lehrer die Zeit bekämen, das wichtige Kurzfeedback „Gesamtnote“ durch einen ausführlicheren Lernentwicklungsbericht zu ergänzen, und sei es nur per Ankreuzbogen<sup>2</sup>.

Im Übrigen bin ich kein Freund einer festen 50/50-Aufteilung von Schriftlichem und Sonstigem. Absenkungen um eine ganze Note bei „Stillen“ habe ich vermieden. Umgekehrt habe ich eine Gesamtnote auch schon mal deutlich aufgewertet, wenn die schriftliche Leistung erkennbar durch Prüfungsangst beeinträchtigt, die sonstige Mitarbeit aber qualifiziert war.

Im Pädagogischen stößt der Gedanke formaler Gerechtigkeit nämlich an Grenzen. In Familie wie Schule geht es eben nicht primär um Gleichbehandlung, sondern darum, die Entwicklung jedes jungen Menschen zu fördern: so, dass er seine Potenziale möglichst gut entfalten kann. So werden sich sensible Eltern demjenigen ihrer Kinder eine Zeit lang besonders zuwenden, das sich nach der Geburt eines Geschwisters zurückgesetzt fühlt. Und ein feinfühligler Lehrer wird einen ängstlichen Schüler besonders verlocken<sup>3</sup>, eine scheinbar zu schwierige Aufgabe anzugehen.

Nach: zeit.de, 02.05.2019

<sup>1</sup> une perte

<sup>2</sup> une feuille à cocher

<sup>3</sup> tenter



**ORAL CONCOURS 2019****ALLEMAND LV II****Wie das Smartphone uns die Zeit klaut**

Fünf Menschen steigen in den Bus, setzen sich, holen wie einstudiert ihre Smartphones raus und starren auf die Displays, bis sie wieder aussteigen. Solche Situationen beobachte er täglich, sagt Marc Wittmann. Er ist Psychologe und Humanbiologe und erforscht am Freiburger Institut für Grenzgebiete der Psychologie, wie wir die Zeit wahrnehmen.

**ZEIT Campus ONLINE:** Herr Wittmann, sobald wir kurz auf den Bus warten müssen, holen wir unser Smartphone raus. Wir müssen uns also gar nicht mehr langweilen. Was macht das mit uns?

**Marc Wittmann:** Wir erleben uns selbst nicht mehr. Das klingt komisch, heißt aber, dass wir gar nicht mehr wissen, wie es uns geht. Wenn ich gehetzt in die Arbeit komme und abends wieder nach Hause gehe und mir nicht einmal diese 15 Minuten oder halbe Stunde auf dem Nachhauseweg nehme, um über mich selbst nachzudenken und mich zu fragen: "Wie geht es mir eigentlich?", dann verliere ich irgendwann den Kontakt zu mir selbst. Wir stehen nur fünf Minuten in der Schlange im Café, aber schon diese fünf Minuten sind zu viel – wir holen unser Handy raus.

**ZEIT Campus ONLINE:** Warum machen wir das?

**Wittmann:** Weil wir uns nicht langweilen wollen. Es ist aber interessant, was Langeweile in diesem Zusammenhang bedeutet: Mir ist es mit mir selbst langweilig. Das hat mit Zeitwahrnehmung zu tun. Denn sobald ich nichts zu tun habe, bemerke ich mich plötzlich selbst. Dadurch kommt mir die Zeit länger vor. Was man dann natürlich als Erstes machen will, ist, sich abzulenken.

**ZEIT Campus ONLINE:** Ist das denn so schlimm?

**Wittmann:** Nein. Es ist ja auch normal. Man will eben wissen, wie jetzt eigentlich die Brexit-Abstimmung ausgefallen ist und schaut schnell nach. Und es war ja auch früher so, dass man sich beschäftigt hat. Bestimmt kennen Sie diese Schwarz-Weiß-Fotos aus der U-Bahn in New York: Lauter Männer mit Hut und vor sich eine riesengroße aufgeschlagene Zeitung. Die hatten also auch keinen Kontakt zu den Leuten um sich herum und waren abgelenkt durch die Zeitung. Heute ist das aber verstärkt durch das Handy. Das ist nicht grundsätzlich schlimm, aber wenn wir komplett verlernen, es mit uns selbst auszuhalten, verlernen wir eben auch, die Zeit wahrzunehmen, und verlieren dadurch auch Lebenszeit.

Nach: zeit.de, 22.01.2019

**ORAL CONCOURS 2018****ALLEMAND LV II****Youtube verändert seinen Algorithmus**

Die erfolgreichsten Youtuber erreichen ein Millionenpublikum und sind politisch durchaus einflussreich. Das zeigte sich in der Debatte um die EU-Reform des Urheberrechts, den Interviews mit der Kanzlerin im Wahlkampf 2017 – und auch darin, dass neben vielen Politikern auch Youtuber von dem Hackerangriff Anfang Januar, bei dem persönliche Informationen zahlreicher Prominenter ins Internet gestellt wurden, betroffen waren.

Auf Youtube spielt sich aber auch viel jenseits der öffentlichen Wahrnehmung ab. Verschwörungstheorien<sup>1</sup> und gefälschte Nachrichten finden ein großes Publikum. Deshalb hat das Mutterunternehmen Google jetzt angekündigt, den Youtube-Algorithmus für Videoempfehlungen zu verändern. „Wir werden anfangen, die Empfehlungen für grenzwertige Inhalte zu reduzieren“, heißt es im offiziellen Blog der Plattform. Dazu zählt Youtube Inhalte, die zur Desinformation beitragen – seien es angebliche Wunderheilungen, Videos, denen zufolge die Erde flach ist, oder andere „offensichtlich falsche Behauptungen über historische Geschehnisse“ wie die Terroranschläge vom 11. September 2001.

Schauen Nutzer auf Youtube Videos, werden ihnen automatisch weitere Videos empfohlen. Einige dieser Videos starten nach dem Ende des vorhergegangenen Videos automatisch. Ein Algorithmus sucht diese aus, basierend beispielsweise auf den Videos, die der Nutzer bisher angeschaut hat. Nimmt dieser Algorithmus keine Wertung der Inhalte vor, können Verschwörungstheorien gleichberechtigt neben seriösen Nachrichten erscheinen.

Ein Youtube-Sprecher betont gegenüber der FAZ.NET, dass dieser veränderte Algorithmus nicht bedeute, dass die fragwürdigen Videos in Zukunft gelöscht werden. Die Videos seien nach wie vor verfügbar, solange sie den Richtlinien<sup>2</sup> des Unternehmens entsprächen.

Im November 2018 hatte der Facebook-Chef Mark Zuckerberg ähnliche Maßnahmen angekündigt. Auch da hieß es, man wolle grenzwertige Inhalte eindämmen<sup>3</sup>, auch wenn diese nicht gegen die freie Meinungsäußerung und die Richtlinien der Plattform verstießen. Das war weithin als vorbeugende Maßnahme interpretiert worden, um einer strengeren staatlichen Regulierung zuvorzukommen.

Der neue Facebook-Cheflobbyist und ehemalige britische Vizepremier Nick Clegg sagte nun am Montag in Brüssel, es gehe nicht mehr darum, ob die sozialen Netzwerke stärker reguliert werden sollten, sondern nur noch darum, wie diese Regulierung aussehen sollte.

Nach: faz.net, 28.01.2019

<sup>1</sup> des théories du complot

<sup>2</sup> les directives

<sup>3</sup> endinguer

**ORAL CONCOURS 2019****ALLEMAND LV II****Schwarz-Weiß-Denken**

Im Frühjahr erregte das Ballkleid eines amerikanischen Mädchens die Gemüter<sup>1</sup> Zehntausender Fremder. Die Achtzehnjährige aus Utah teilte Fotos ihrer Highschool-Abschlussfeier auf Twitter. Sie trug ein traditionelles chinesisches Kleid, das sie in einem Secondhand-Laden gefunden hatte. Ein Amerikaner mit chinesischen Wurzeln griff ihren Tweet auf und versah ihn mit dem Kommentar: „Meine Kultur ist nicht dein verdammtes Prom-Dress.“ Am Ende war der Tweet des Mannes fast 41.000 Mal retweetet und zehntausendfach kommentiert worden. In Nordamerika finden sich viele solcher Fälle. Dort tobt eine Debatte um politische Korrektheit, Rassismus und kulturelle Aneignung<sup>2</sup>, wie wir sie uns noch gar nicht vorstellen können.

Zwei Amerikanerinnen gaben dem öffentlichen Druck nach und schlossen ihr Burrito-Restaurant in Portland, nachdem ihnen vorgeworfen worden war, aus der Kultur der Mexikaner Profit zu schlagen. Der Modedesigner Marc Jacobs hat sich öffentlich dafür entschuldigt, weißen Models bei einer Schau Dreadlocks verpasst zu haben. Und in der kanadischen Hauptstadt Ottawa wurden Yoga-Kurse auf dem Campus abgesagt. Denn Yoga werde Kulturen entliehen, die unter Kolonialismus und westlicher Vorherrschaft gelitten hätten.

Inzwischen sprengt die Debatte alle Grenzen – und zerstört berufliche und private Existenzen. Der kanadische Autor Hal Niedzviecki verteidigte, dass weiße Autoren schwarze oder indigene Hauptfiguren erfinden: „Meiner Meinung nach sollten alle Menschen überall dazu ermutigt werden, sich in andere Menschen, andere Kulturen und andere Identitäten hineinzusetzen.“ Es brach eine Welle der Empörung über ihn herein. Auch heute, ein Jahr später, wird er von vielen im kanadischen Kulturbetrieb gemieden.

Wurde unter dem Schlagwort kulturelle Aneignung, also die Ausbeutung unterdrückter Kulturen zum eigenen Vorteil, ursprünglich zum Beispiel Raubkunst<sup>3</sup> angeprangert, die in Museen in der westlichen Welt ausgestellt ist, trifft der Vorwurf inzwischen Menschen wie die Highschool-Absolventin aus Utah. Das ist nicht nur traurig für das Mädchen, dem die Abschlussfeier verdorben wurde. Sondern es hilft auch keiner Chinesin oder sonst irgendjemandem auf der Welt. Denn vor allem auf vermeintliches individuelles Fehlverhalten und kaum noch auf gesellschaftliche Strukturen zu schauen ist auf kuriose Art unpolitisch.

Nach: zeit.de 13.09.2018

<sup>1</sup> les esprits

<sup>2</sup> une appropriation

<sup>3</sup> l'art spolié

**ORAL CONCOURS 2019****ALLEMAND LV II****„Nichts ist für immer errungen<sup>1</sup>“**

„Wir feiern heute etwas Selbstverständliches: Dass Frauen Staatsbürgerinnen sind, dass sie sich an der Gestaltung von Staat und Gesellschaft ebenso beteiligen wie Männer. Dass sie dieselben Rechte haben“, sagte Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble.

100 Jahre ist es her, dass Frauen zum ersten Mal wählen und sich wählen lassen durften - ein hart erkämpftes Recht. 37 Frauen zogen 1919 in die Nationalversammlung ein. Das war ein Frauenanteil von fast neun Prozent, der höchste weltweit damals und ein Wert, der im Bundestag erst in der 1980er-Jahren wieder erreicht und überschritten wurde.

Männer und Frauen in gleich hoher Anzahl gab es im Bundestag allerdings noch nie. 36,5 Prozent Frauenanteil war der bisher beste Wert. Das war 2013. Danach sank er wieder auf 31 Prozent. Es gebe noch viel zu tun, mahnte<sup>2</sup> CDU-Politiker Schäuble in der Feierstunde: „Auch wenn Frauen längst in politischen Spitzenpositionen zu Hause sind: Eine Schwalbe<sup>3</sup> macht noch keinen Sommer. Da hat die Bundeskanzlerin recht.“

Das könnte etwas mit der Verteilung der unbezahlten Arbeit in dieser Gesellschaft zu tun haben. Schäuble jedenfalls nahm die Männer in die Pflicht: „Erst wenn Frauen und Männer wirklich frei entscheiden können, wo sie die Prioritäten in ihrem Leben setzen wollen, ohne auf Beruf oder Familie oder gesellschaftliches Engagement zu verzichten, ist das Ziel erreicht.“

Statt den niedrigen Anteil von Frauen in der Politik zu beklagen, sei es Zeit, sich mit einem Paritätsgesetz zu befassen, forderte die SPD-Politikerin Christine Bergmann: „Wir brauchen die Parität bei der Listenaufstellung und den Direktmandaten. Wir brauchen eine echte Wahlrechtsreform.“

Der Vorstoß wurde vor allem von der SPD und den Grünen beklatscht - und von Rita Süßmuth, der ersten Bundesfrauenministerin überhaupt. Für sie ist das Jahr 1919 ein kleines Wunder, nicht selbstverständlich, sondern eine große Errungenschaft. Sie wolle auch keine weiteren 50 Jahre auf den nächsten Schritt warten, sagte die 81-Jährige unter dem Applaus des Bundestags, und gab, immer noch kämpferisch, der Männermehrheit einen Rat: „Wer heute annimmt, er könnte ohne Frauen in der Welt etwas bewirken, der irrt sich.“

Nach: tagesschau.de, 17.01.2019

<sup>1</sup> gagné

<sup>2</sup> rapelé

<sup>3</sup> une hirondelle

## ORAL CONCOURS 2019

## ALLEMAND LV II

**Widmann-Mauz fordert Prüfung von Kopftuchverbot**

„Dass kleine Mädchen Kopftuch tragen, ist absurd“, sagt die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung. Widerspruch bekommt Annette Widmann-Mauz (CDU) unter anderem vom Koalitionspartner.

Die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Annette Widmann-Mauz (CDU), fordert die Prüfung eines Kopftuchverbots für Kinder an Schulen. „Dass kleine Mädchen Kopftuch tragen, ist absurd – das sehen auch die meisten Muslime so. Alle Maßnahmen, die Mädchen davor schützen – vom Elterngespräch bis zum Verbot – sollten geprüft und angegangen<sup>1</sup> werden“, sagte Widmann-Mauz der „Bild“-Zeitung.

Auch aus der SPD gibt es Zuspruch für ein Kopftuchverbot an Schulen. „Ich bin für ein Kopftuchverbot für Kinder. Das ist für mich keine religiöse, sondern eine gesellschaftliche Frage, eine Frage der Gleichstellung. Darüber sollen Erwachsene selbst entscheiden“, sagte SPD-Familienpolitikerin Leni Breymaier. Der SPD-Politiker Karl Lauterbach twitterte dagegen, die Kinder in einen Konflikt mit ihren Eltern zu zwingen, sei „unehrenhaft“.

Marcus Weinberg, familienpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, sieht ein Kopftuchverbot nach österreichischem Vorbild hingegen kritisch. „Das pauschale Verbot eines Kopftuches – wie in Österreich – benachteiligt auch die Mädchen, die sich freiwillig für das Tragen eines Kopftuches als Zeichen ihrer Religion entschieden haben“, sagte Weinberg. Er verwies auf „das im Grundgesetz verankerte Recht, seine Religion frei ausüben zu können“.

Heinz-Peter Meidinger, Präsident des Deutschen Lehrerverbandes, vermutet, dass von den Eltern schon auf kleine Kinder Druck ausgeübt wird, das Kopftuch zu tragen. „Kopftücher in der Schule sind integrationsfeindlich, weil sie bereits in Kindergärten und Grundschulen zur äußerlichen Abgrenzung beitragen.“

Die Islamwissenschaftlerin Lamya Kaddor hält ein Verbot für den falschen Weg. Sie sagte am Freitag im Deutschlandfunk, damit polarisiere man nur und zwingt die Kinder zu einer Entscheidung zwischen Elternhaus und Schule. Besser wäre es, die Eltern mit pädagogischen Mitteln zu erreichen und zum Beispiel Moscheevereine einzuladen, die gegen Kopftücher für junge Mädchen argumentierten.

Nach: faz.net, 17.05.2019

<sup>1</sup>mit einer Sache anfangen